

Volks-Zeitung

Kriegsgefangenen- Tragödie bei Longwy.

60 deutsche Gefangene bei einer Munitionsexplosion getötet.
Brüssel, 31. Januar. (Reuter.)
Ein Munitionszug explodierte heute nachmittags zwischen Aubange und Longwy. 60 deutsche Kriegsgefangene, drei französische und ein amerikanischer Soldat wurden getötet, zahlreiche Personen verwundet. Das Unglück ereignete sich infolge der Unvorsichtigkeit eines Soldaten, der eine Granate fallen ließ.

Der tragische Tod unserer sechzig Landsleute muß auf jeden Deutschen erschütternd wirken. Um so mehr, als von den auf so schreckliche Weise fern von der Heimat ums Leben gekommenen jede Nachricht über ihre Namen fehlt. Tausende von Frauen, Müttern und Kindern werden jetzt noch mehr um das ungewisse Schicksal ihrer Lieben bangen. Hoffentlich gibt die französische Heeresleitung die Personalien der Getöteten bekannt, damit das Dunkel, das jetzt über der Tragödie liegt, bald verwichen wird. Der Umstand aber, daß unsere Landsleute augenscheinlich bei einem Munitionssammelkommando getötet worden sind, sollte die deutsche Regierung veranlassen, auf neue vor der gefamten Kulturmenschenheit die Barbarei der französischen Militärmassnahmen zu brandmarken.

Gebt unsere Gefangenen heraus!

Eine Entschließung bayerischer Demokraten.
München, 1. Februar. (Privat.)
Die Deutsche demokratische Partei von Augsburg und Schwabens faßte eine Entschließung, in welcher sie einstimmig flammenden Protest gegen die Verzögerung in der Herausgabe der deutschen Kriegsgefangenen erhebt. Sie fordert laut im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit die baldigste Klarheit über das Schicksal dieser Unglücklichen. Eine zweite Entschließung dieser Partei schließt sich einstimmig und begeistert der vom Reichsverband der Kolonialdeutschen erhobenen Forderung auf Herausgabe der deutschen Kolonien an.

Gegen den Gewaltfrieden!

Ein Protest Württembergs.
Stuttgart, 1. Februar.
Auch die verfassunggebende Nationalversammlung Württembergs hat heute einstimmig eine Protestkundgebung gegen einen Frieden der Vergewaltigung beschlossen, worin es heißt: Die württembergische Nationalversammlung ruft die Stimme der ganzen Welt für den versprochenen Frieden der Gerechtigkeit auf, dessen die gequälte Menschheit bedarf.

Der Zentralrat und der neue Rätekongreß.

In der gestrigen Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte und der Kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins wurde bekanntlich ein Antrag angenommen, der die Einberufung eines neuen Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands verlangt. Mit dieser Frage wird sich der Zentralrat, wie uns von seiner ständigen Stelle mitgeteilt wird, in seiner nächsten Sitzung am Montag oder Dienstag beschäftigen, wenn ihm bis dahin die angenommene Entschließung zugestellt sein wird. Die Mitglieder des Zentralrats sind im Prinzip mit der Einberufung eines neuen Rätekongresses einverstanden. Wo und wann dieser Kongreß zusammentreten wird, soll in der nächsten Zentralratssitzung festgestellt werden. Wahrscheinlich wird die neue Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands Ende Februar in Berlin stattfinden. Der Zentralrat ist der Ansicht, daß die Einberufung dieses Kongresses deshalb notwendig ist, weil er die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte festlegen soll. Der erste Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember vorigen Jahres hat sich bekanntlich dafür entschieden, daß die Nationalversammlung alle politischen und wirtschaftlichen Fragen ordnungsgemäß zu lösen hat. Der neue Rätekongreß dürfte den Wünschen der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte kaum entsprechen. Es kann sich nur darum handeln, daß er Fragen rein wirtschaftlicher Natur behandelt. Da die Soldatenräte ja ohnehin mit der Auflösung des Heeres verschwinden, gilt es festzulegen, welche Befugnisse in Zukunft den Arbeiterräten verbleiben sollen. Die politische Macht der Arbeiterräte wird in den Hintergrund treten müssen und die Arbeiterräte werden sich darüber klar werden müssen, daß sie in Zukunft rein wirtschaftliche Aufgaben zu lösen haben werden. Die Aufgaben der inneren und äußeren Politik sind Sache der Nationalversammlung, nicht aber örtlicher Organisationen der Arbeiterräte. Diese Auffassung des Zentralrats wird allerdings nicht von den Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräten geteilt werden, da diese ja im Gegenteil die Verankerung ihrer politischen Macht fordern.

Bolschewismus im Ruhrgebiet.

Ausbreitungen streikender Zementarbeiter.
Essen, 1. Februar. (Privat.)
Auf sämtlichen Zement- und Kalkwerken des Beckums des Ruhrgebiets sind Arbeiter in Aufstand getreten, um erhebliche Lohnforderungen durchzusetzen. Bei einem Zuge von mehreren Hundert Arbeitern durch Bedum wurde Kaufmann Heine, der sich abfällig über die Streikenden geäußert haben sollte, gewalttätig aus seinem Hause geholt, gezwungen, öffent-

lich Abbitte zu leisten und dem Zuge durch die Stadt die rote Fahne voranzutragen.
Auf den Zollvereinschächten und den Zechen Rhein-Elbe und Alma der Gesellschaften Bergwerks-Gesellschaft traten die Bergleute heute wieder in Aufstand. Auf den Zollvereinschächten verlangen die Streikenden Bezahlung sämtlicher Streikschichten seit der Revolution.

Serne, 1. Februar.
Auf beiden Schächten des Steinkohlenbergwerks Mont ceins wurde unter Nichtbeachtung der von der Regierung in ihrer Verfügung vom 18. Januar getroffenen Bestimmungen ein sogenannter Zechenrat gewählt. Da die Verwaltung ihre Mithilfe an der nach ihrer Auffassung ungesetzlichen Wahl verweigerte, wurde zunächst der Betriebsinspektor und der Betriebsführer des Schachtes von dem Zechenrat entlassen und der Bergassessor mit der Verhaftung bedroht. Kurze Zeit darauf ließ der stellvertretende Vorsitzende des Soldatenrates den Generaldirektor verhaften und zur Polizeiwache schaffen. Erst nach längerem telephonischen Besprechungen wurde er wieder in Freiheit gelöst.

Reaktionäre aller Richtungen vereinigt euch!

Der frühere Abgeordnete Fuhrmann, der als Mitglied der Nationalliberalen seit Jahren konservative Politik zu treiben bemüht war, schlägt in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ die Verschmelzung der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei vor. Dieser Vorschlag, den rechten Flügel der früheren Nationalliberalen anzugliedern an die aus allen konservativen Gruppen gebildete Deutsche Volkspartei, ist vom Standpunkte des Herrn Fuhrmann durchaus folgerichtig. Er sagt:

„Verhältnismäßig leicht wird sich eine einheitliche Politik der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei gestalten. Wie die Dinge heute liegen, sind ernstliche Streitpunkte zwischen ihnen nicht vorhanden. Beide Parteien stehen in gleichem Gegensatz zu der Sozialdemokratie und der Demokratischen Volkspartei, und auch ihre positiven politischen Ziele sind heute dieselben.“
Nach Ansicht von Fuhrmann ist der Grundton der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei der gleiche, „so daß die Herstellung einer einheitlichen Politik sowohl im Parlament wie draußen im Lande sich von selbst ergibt.“ Fuhrmann wirft auch die Frage auf, „ob sich in absehbarer Zeit nicht auch die Notwendigkeit einer gewissen organisierten Gemeinschaft erweist.“ Für den Fuhrmann der Reaktion wäre freilich diese Lage besonders unbequem. Ihm ist, bevor die nationalliberale Partei sich gespalten hat, ebenso hüßlich wie entschieden der Stuhl vor die Tür gesetzt worden. Und er hat nach der Spaltung wohl noch nicht wieder Anschluss an die Deutsche Volkspartei gefunden. Es ist begreiflich, daß er zu den Konservativen nicht gern allein gehen möchte, sondern sich dort eine bessere Aufnahme verspricht, wenn er den rechten Flügel der Nationalliberalen mitbringt. Wird aber Herr Dr. Stresemann bereit sein, sich der Leitung eines Fuhrmanns anzuerkennen? Herr Fuhrmann sieht in der geeinten Partei rechts „die große Partei der nationalen Wiedergeburt Deutschlands“. Diesen überheblichen Ton kennt man ja bei den Nationalen, der Deutschen Vaterlandspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei. Sein Vorschlag findet bei den konservativen Organen sofort Zustimmung, sowohl bei der „Deutschen Tageszeitung“ wie bei der „Kreuzzeitung“. Die „Kreuzzeitung“ sagt, ihr erscheine eine Vereinigung der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei möglich und erwünscht. Immerhin könne sich diese Vereinigung nur aus der Gestaltung der gesamten politischen und namentlich parlamentarischen Lage ergeben. Es wäre sicher eine auch vom demokratischen Standpunkte aus zu begrüßende Klärung, wenn sich die Schwerindustriellen und die agrarischen Reaktionäre vereinigen würden.

Für den deutschen Einheitsstaat.

Frankfurt a. M., 1. Februar.
Eine Mitgliederversammlung des demokratischen Vereins nahm nach Referaten der Vertreter Frankfurts in der preussischen und deutschen Nationalversammlung eine Resolution an, in der die Bildung eines deutschen Einheitsstaates als erste Voraussetzung für eine neue Wäite des Vaterlandes bezeichnet wird.

Bayern gegen den Siedlungsentwurf.

Die „grundverschiedenen“ bayerischen Verhältnisse.
Augsburg, 1. Februar. (Privat.)
Wie die „Augsburger Abendzeitung“ zuverlässig erfährt, wird in den allernächsten Tagen der bayerische Landwirtschaftsrat eine Vollerversammlung einberufen und zu dem Reichs-Landes-Siedlungsentwurf Stellung nehmen. Das Direktorium hat bereits die Reichsregierung wissen lassen, daß der Entwurf auf bayerische Verhältnisse in allen Punkten nicht zutrifft, da die notwendigen Voraussetzungen hierfür in Bayern nicht gegeben sind. Der bayerische Landwirtschaftsrat wird verlangen, daß die gegenüber dem Norden und Osten des Reiches grundverschiedenen bayerischen Verhältnisse Berücksichtigung erfahren.

Wichtige Gagen. Die volksfeindlichen „Volksparteien“ scheinen im Kreise Sagan ein größeres Debat mit Gagen zu besitzen. Herr v. Esmerich hatte den traurigen Mut, einen der Stimmzettelverleiher der Demokraten im Kreise Sagan das Anerbieten zu machen, ihm die Stimmzettel gegen einen hohen Gagen zu überlassen. Abgesehen von der Ungehörigkeit, die in diesem Anerbieten liegt, muß man sich fragen, welche Unmengen von Lebensmitteln Herr v. Esmerich aufgeschleppt hat! Es würde

sich daher vielleicht empfehlen, sämtliche nicht benutzten Stimmzettel zu sammeln und in Berechnung gegen Gagen an Herrn v. Esmerich abzugeben.

Noske an die Bremer Regierung.

Dringende Abtattung vom Widerstand.
Bremen, 31. Januar.
Der Rat der Volksbeauftragten erhielt nachfolgende Telegramme aus Berlin:
„Zweck der militärischen Aktion gegen Bremen geht aus meiner Erklärung hervor, die heute morgen in der Presse bekannt gegeben. Mahne dringend, von Widerstand abzugehen.“
Für Reichsregierung. Noske.
„Führer der Gardisten sollte verhandeln!“
Bögeding.
(Bögeding, der Kommissar für das Ernährungs-wesen, ist im Auftrage der Bremer Regierung in Berlin zur Regelung von Lebensmittelangelegenheiten.)

Bremen, 1. Februar.
Wie mitgeteilt wird, ist die Lage in Bremen zur Stunde noch vollkommen ungeklärt, ob und zu welchem Zeitpunkt die Division Gerstenberg mit ihrem Einmarsch in Bremen Ernst machen wird. Es läßt sich auch noch nicht mit Bestimmtheit erkennen, ob die Bremer bewaffnete Arbeiterchaft schließlich doch noch zum Widerstand schreiten wird. Was die Haltung des hiesigen Militärs anbetrifft, so scheint bereits festzustehen, daß die Arbeiterchaft auf dessen Unterstützung nicht zählen kann, denn selbst im Bremer „Wachtbataillon“, das bisher mit der gefamten Arbeiterchaft zusammen eine Art „Rote Garde“ gebildet hat, sind die militärischen Teile einem bewaffneten Widerstand gegen die Division Gerstenberg nicht geneigt. Nach in die Stadt gelangten Meldungen hat die Division Gerstenberg einige Kilometer hinter Bremen die Bahnlinie Bremen-Hannover durch Aufreißen der Gleise unterbrochen, um gegen eventuelle Ausfälle aus Bremen besser geschützt zu sein. Wie bereits gemeldet, verhandeln die Soldatenräte des 9. Armeekorps und von Bremerhaven mit der Reichsregierung, die sie ersuchen, die Aktion gegen Bremen einzustellen. Wie feststeht, steht jedoch hinter diesen Soldatenräten keineswegs das gesamte Militär, ja nicht einmal ein kleiner Teil. Es handelt sich dabei lediglich um Militärpersonen, die die Führung an sich gerissen haben und in radikalem Sinne die Politik der Arbeiterchaft unterstützen. Die Garnisonsteile stehen den radikalen Bestrebungen der Räte ziemlich fern.

Amerika will weiter rüsten!

Die schubbedürftige „Monroe Doktrin“.
Annapolis, 31. Januar. (Reuter)
In einer Versammlung erklärte Daniels, es würde für mehrere Jahre keine Verminderung des Kriegsschiffbaus eintreten und fuhr fort: Wir werden nicht gegen irgendeine Nation bauen, weil wir die Zuvorsicht haben, daß der Völkerverbund eine Freundschaft und ein Gutes zwischen uns erzeugen wird, die zu Rüstungseinsparungen führen werden, aber die Behauptung der Monroelehre macht die Aufrechterhaltung einer starken Kriegsstärke zur Notwendigkeit.

Washington, 31. Januar. (Reuter.)
Der Gesetzentwurf, der die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Übung von nicht mehr als 2 Jahren dauer für alle Männer vom 19. bis 26. Jahr als dauernde Einrichtung verordnet, ist beim Senat eingebracht worden.

Für weitere Rüstungen und Heeresverstärkungen haben die Imperialisten aller Länder zu jeder Zeit Gründe zur Hand gehabt. Daniels ist der Ansicht, daß die „Behauptung der Monroelehre“, eine starke Kriegsstärke notwendig mache. Mit einem ähnlichen Argument, nämlich dem Hinweis auf die gefährdete Lage unseres Landes, könnten beispielsweise auch wir den Abrüstungsgedanken zu einer leeren Fassade degradieren.

Ein neuer Sinnfeiner-Aufstand?

„Bolschewistischer Einfluß“
Saag, 1. Februar. (Privat.)
Aus Dublin wird gemeldet: Es gehen hier Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand in Irland um, der einen ungeheuren großen Umfang annehmen soll. Das Sinnfeinerium, das immer mehr unter den bolschewistischen Einfluß gekommen ist, versucht jetzt auf die streikenden Werker und Hafenarbeiter aus dem Clydebezirk einzuwirken und diese unter seinen Einfluß zu bringen. Die Agenten der Sinnfeiner versprechen den Arbeitern die 40 stündige Arbeitswoche, wenn sie sich der Sinnfeiner- und der bolschewistischen Bewegung anschließen.

Zu dementieren! Der Exkultusminister Adolf Hoffmann schreibt uns zu der von uns aus der „Berliner Börsen-Zeitung“ übernommenen Nachricht über das Ausscheiden Hoffmanns aus dem Ministerium: Die Notiz in Ihrem Blatte über meinen Austritt aus dem Exkultusministerium ist von A bis Z erfunden. — Die Verantwortung für die in der genannten Notiz aufgestellten Behauptungen müssen wir der „Börsen-Zeitung“ überlassen.

Die geistliche Ortsschulaufsicht. Wie die „Pol.-Parl. Nachr.“ erfahren, ist eine organische Regelung der gesamten Schulaufsichtsfragen derzeit im Kultusministerium in Vorbereitung und wird in kurzer Zeit der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

